

Paderborner Bischöfe schützten Täter

Seit 2020 arbeiten Kirchenhistorikerinnen der Uni Paderborn den Missbrauch von Minderjährigen unter dem Dach des Erzbistums Paderborn auf. Erste Zwischenergebnisse offenbaren Bestürzendes.

Martin Krause und
Birger Berbüsse

■ **Paderborn.** Die katholische Kirche hat sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen immer wieder vertuscht und die Täter vor Konsequenzen geschützt. Das gilt auch für das Erzbistum Paderborn. Allein für die Zeit zwischen 1941 und 2002, der Amtszeit der Erzbischöfe Lorenz Jaeger (bis 1973) und Johannes Joachim Degenhardt (bis 2002), haben Wissenschaftlerinnen der Universität Paderborn im Rahmen einer Studie 160 Beschuldigte identifiziert. Dabei handele es sich ausschließlich um geweihte Geistliche, teilte die Uni mit – also keine Frauen oder Laien.

Das Erzbistum Paderborn hatte die Universität Paderborn bereits im Jahr 2019 um eine entsprechende Studie zum Thema Missbrauch von Minderjährigen gebeten, jetzt haben die beiden Kirchenhistorikerinnen Nicole Priesching und Christine Hartig eine erste Zwischenbilanz vorgelegt. Ohne auf konkrete Einzelfälle einzugehen, berichten die Wissenschaftlerinnen nüchtern über ihre Erkenntnisse. Sie ziehen traurige Schlussfolgerungen: Sowohl Kirche als auch Gesellschaft hätten „systematisch weggesehen und Straftaten gebilligt oder hingenommen“, urteilen sie.

Die Zahl der Opfer können die Studienautorinnen nicht beziffern – weil die Unterlagen das nicht hergeben: „Wir haben das Problem, dass die Betroffenen in den Personalakten oft nicht kenntlich gemacht sind“, erklärt Hochschullehrerin Priesching dazu und beklagt: „Man ist in den Fällen auch nicht so nachgegangen, dass man versucht hätte, alle Opfer zu ermitteln. Da ist also noch viel stärker mit einer Dunkelziffer zu rechnen.“

Die Autorinnen der Studie machen Jaeger und Degenhardt, den beiden jahrzehntelange führenden Geistlichen des Erzbistums, die beide im Verlauf ihrer Karrieren zu Kardinalen befördert worden waren, konkrete Vorwürfe: So habe es eine Fürsorge für die Beschuldigten gegeben, teilweise auch schriftlich ausgedrücktes Mitgefühl, aber nicht gegenüber den Betroffenen. „Es gab keinerlei Sensibilität für den Schaden, den die Kinder genommen haben“, beklagt Christine Hartig. „Nicht nur



Bußgottesdienst im Kölner Dom: Weihbischof Rolf Steinhäuser bekannte dabei das Versagen der Kirche beim Thema Missbrauch. Foto: dpa

im Erzbistum, auch vor Gericht nicht.“ Bei Taten unterhalb der Vergewaltigung, die in der Regel mit einer Bewährungsstrafe geahndet wurden, seien auch die Gerichte davon ausgegangen, dass Kinder keinen Schaden genommen haben.

Die Wissenschaftlerinnen äußern nicht wörtlich den Vorwurf der Vertuschung, aber ihre Feststellungen sprechen für sich. In den Personalakten sei der sexuelle Missbrauch manchmal selbst dann nicht aufgetaucht, wenn das Generalvikariat Kenntnis von den Fällen hatte, so die Studienautorinnen. Die Beschuldigten seien in vielen Fällen einfach versetzt worden, so dass sich eine Wiederholungsgefahr ergab – und solche Wiederholungen sich auch tatsächlich ereigneten. 43 Prozent der mutmaßlichen Täter wurden mehrfach beschuldigt. Allerdings wurden – etwa mangels eines Verfahrens – nicht allen 160 Beschuldigten auch tatsächlich Straftaten nachgewiesen, betont die Universität.

Das es oft gar nicht erst zur Strafverfolgung gekommen ist, habe aber nicht nur an einem „untätigen Erzbischof in Paderborn“ gelegen, sondern auch an anderen Hürden: Entweder die Kinder erkannten nicht, was ihnen passiert war. Oder ihnen wurde in ihren Familien nicht geglaubt: „Wenn sie versucht haben, sich zu schützen und etwa nicht mehr zum Ministrantenunterricht gegangen sind, haben manche Eltern Druck ausgeübt“, weiß Hartig. Sei es doch zu einer Strafanzeige gekommen, seien Familien oft an Ermittlungs-

behörden geraten, die sich ungläubig zeigten oder den Kindern sogar drohten.

In manchen Fällen habe es Vereinbarungen mit Staatsanwaltschaften gegeben, dass auf Bewährung verurteilte Täter nicht mehr in Gemeinden eingesetzt werden sollen, und „dennoch ist das geschehen“, erklärt Priesching.

Das Erzbistum hatte 2018 auf Grundlage der sogenannten MHG-Studie mitgeteilt, es seien fast 200 Opfer sexuellen Missbrauchs durch 111 Kleriker zwischen 1946 und 2014 festgestellt worden. Alle dem

Generalvikariat gemeldeten Fälle seien an die Staatsanwaltschaft weitergegeben worden, hieß es damals. Neun Fälle hätten ein Strafverfahren nach sich gezogen, auch Verurteilungen habe es gegeben.

Die jetzt vorgelegten Zahlen von Opfern und Beschuldigten seien nur bedingt vergleichbar, da sich unter anderem der Untersuchungszeitraum unterscheidet, ergänzte die Universität. Das auf vier Jahre angelegte, vom Erzbistum finanzierte, aber ansonsten unabhängige Studienprojekt „Missbrauch im Erzbistum Paderborn – Eine kirchenhistorische Einordnung. Die Amtszeiten von Lorenz Jaeger und Johannes Joachim Degenhardt (1941-2002)“ soll nach Abschluss in Buchform veröffentlicht werden.

Bistumssprecher Benjamin Krysmann erklärte, die Zwischenstände sollten vorerst unkommentiert bleiben: Nach Abschluss der Arbeit „wird das Erzbistum Paderborn mit dem dann schriftlich erstellten Gutachten weiter umgehen“.



Johannes Joachim Degenhardt, Erzbischof bis 2002. Foto: dpa



Lorenz Jaeger, Paderborns Erzbischof bis 1973. Foto: Köppelmann

1.280 neue Lehrkräfte für Gymnasien eingestellt

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen überwiegend an andere Schulformen abgeordnet werden.

■ **Düsseldorf (Inw).** Im Vorgriff auf die Umstellung auf G9 an den NRW-Gymnasien zum Schuljahr 2026/27 hat das Land 1.280 neue Lehrkräfte eingestellt. Wie Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP) mitteilte, konnte NRW somit bereits einen großen Teil der mittlerweile 1.450 geschaffenen „Vorgreifstellen“ für Lehrkräfte der Sekundarstufe II besetzen.

Mit dem sperrigen Begriff der „Vorgreifstellen“ sind zusätzliche Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer gemeint, die eigentlich erst von 2026 an für die Gymnasien vorgesehen sind. Bis dahin sollen diese für die Sekundarstufe II ausgebildeten Lehrkräfte an anderen Schulen unterrichten, die unter besonderem Lehrkräftemangel leiden.

Gebauer sprach von einer „Win-win-Situation“: „Zum einen können wir den Personalherausforderungen an anderen Schulformen besser begegnen, zum anderen schaffen wir schon heute die besten Bedingungen für den Unterricht in den Gymnasien ab 2026.“

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen überwiegend an andere Schulformen abgeordnet werden. Die meisten davon an Grund- und Gesamtschulen, wo sie aktuell am dringendsten gebraucht werden.

Mit den 1.450 Zusatzstellen im Zuge der Rückkehr vom G8-Bildungsgang zu G9 zum Start des Schuljahres 2026/27 ist es aber nicht getan. Insgesamt wird ein Bedarf von etwa 4.200 Lehrerinnen und Lehrern erwartet. Im Vorgriff darauf werden bereits jetzt Stellen bereitgestellt.

Nach Ansicht der SPD-Opposition verwaltet die Landesregierung den Lehrkräftemangel und verschiebt das Problem. Für die Gymnasien werde perspektivisch gesorgt. „Das ist jedoch die Schulform, die momentan ohnehin am besten mit Lehrerinnen und Lehrern versorgt ist“, kritisierte der stellvertretende SPD-Fraktionschef Jochen Ott. „Eklanter Lehrermangel“ herrsche vielmehr am Berufskolleg, den Grundschulen und in der Sekundarstufe I (Gesamt-, Real- und Hauptschulen).

Tausende Anträge auf Fluthilfe stecken fest

Online eingereichte Dokumente werden bearbeitet, ausgedruckt und per Post versandt.

■ **Düsseldorf (rtr).** Fast fünf Monate nach der Flutkatastrophe in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens kommt die Auszahlung der staatlichen Hilfsmittel an geschädigte Privathaushalte einem Zeitungsbericht zufolge offenbar nicht voran. Rund 5.600 der landesweit insgesamt 9.000 Fluthilfe-Anträge steckten unter anderem wegen der händischen Bearbeitung noch in der „Vorprüfung“, berichtete die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* unter Berufung auf ein internes Protokoll einer Besprechung der beteiligten Bezirksregierungen. Nur 1.900 Fälle seien bislang zur Weiterbearbeitung freigegeben, weitere 1.500 Anträge seien wegen Formfehlern an die Betroffenen zurückgeschickt worden.

Die Bezirksregierungen Köln, Münster und Detmold sind für die Bewilligung der Gelder zuständig. Die Vorprüfung übernehmen jedoch Mit-

arbeiter der NRW-Bank und eines privaten Dienstleisters. Damit wollte das zuständige Heimatministerium die Bezirksregierungen entlasten und die Vorgänge beschleunigen. „Die Vorprüfung war und ist derzeit noch das Nadelöhr, da eine Bewilligung durch die Bezirksregierungen ohne die seitens des Ministeriums installierte Vorprüfung nicht möglich ist“, zitierte die WAZ aus dem Protokoll.

Ein weiterer „verlangsamender Faktor“ sei laut dem Bericht wöchentlich neue Vorgaben, die erst geschult werden müssen. Auf Unverständnis stoße auch der vom Heimatministerium verordnete Bearbeitungsweg. Online eingereichte Dokumente der Antragsteller müssten heruntergeladen und überprüft werden. Bescheide würden als Word-Dokument bearbeitet, dann ausgedruckt und per Post versandt.

3.500 Euro Geldbuße für Verrat von Razzia

■ **Düsseldorf (Inw).** Trotz eines Geständnisses ist das Verfahren gegen einen Polizisten wegen Verrats von Dienstgeheimnissen vorläufig eingestellt worden. Der Beamte muss allerdings als Geldauflage 3.500 Euro an einen Verein gegen Kinderarmut zahlen.

Der Polizist einer Spezialeinheit hatte aus Sorge um die Hunde eines Verdächtigen dessen Nachbarn vor einer Razzia informiert mit der Bitte, sich um die Tiere zu kümmern. Mit den Anrufen habe der Beamte aus Sorge um die beiden Hunde zwar fahrlässig Einsatzgeheimnisse verraten, aber den Ermittlungserfolg letztlich nicht gefährdet, meinte der Richter. Zum Zeitpunkt des Anrufs waren der Verdächtige und zwei mutmaßliche Komplizen bereits festgenommen worden.

Neuer Streit um Pläne für ICE-Trasse

Während Naturschützer das Verfahren kritisieren, sehen andere Experten den Prozess positiv.

Matthias Bungeroth

■ **Bielefeld.** Der Bürgerdialog zur Planung einer neuen Bahntrasse zwischen Bielefeld und Hannover sorgt weiter für kontroverse Debatten. Während Umweltverbände aus NRW und Niedersachsen den Willen der Planer zu einem ergebnisoffenen Verfahren rügen, sieht der Fahrgastverband Pro Bahn den Prozess grundsätzlich positiv.

Umweltverbände wie BUND, NABU und LNU unterstützen in einer Stellungnahme zwar die angestrebte Verbesserung des Schienenverkehrs, kritisieren aber, dass es bis heute keinen schriftlichen Planungsauftrag des Bundesverkehrsministeriums (BMVI) für das Projekt gebe.

Eine fast gradlinig von Bielefeld nach Hannover führende, neue Betontrasse sei mit dem Natur- und Landschafts-

schutz aber unvereinbar, heißt es. Die Bahn halte „stur an fiktiven Vorgaben des BMVI, wieder zu erreichenden Fahrzeit von 31 Minuten zwischen Hannover und Bielefeld fest“, so die Naturschutzverbände. Unabhängige Bahnexperten hätten belegt, dass der Deutschlandtakt auch mit längeren Fahr-



Ein ICE im Bielefelder Hauptbahnhof. Foto: Sarah Jonek

zeiten von etwa 40 Minuten erreichbar sei. Die Naturschützer fordern das Kippen der 31-Minuten-Fahrzeit, einen Ausbau der Strecke für bis zu 230 km/h und die Abstimmung des Deutschlandtakts auf die erreichbare Fahrzeit.

Dem entgegnet Rainer Engel, stellvertretender Vorsitzender des Fahrgastverbandes Pro Bahn in OWL, die von der Bahn vorgestellten Grobtrassen bedeuteten nicht, „dass diese Trassen aussichtsreich sind, sondern nur, dass sie aufgrund der ersten Voruntersuchung nicht ausgeschlossen werden können und nun vertieft untersucht werden sollen, auf welche ökologischen und bautechnischen Probleme sie stoßen“, so Engel.

Für eine Nutzung „wird auch die Bestandsstrecke bis Minden untersucht, weil hier schon vier Gleise liegen“, betont Engel. „Die Untersu-

chungen finden erst einmal unabhängig davon statt, ob die Fahrzeit von 31 Minuten erreicht wird.“ Pro Bahn begrüße dieses Vorgehen ausdrücklich. „Schon aus Rechtsgründen ist eine Prüfung aller Varianten erforderlich“, betont Engel. „Es nützt den Fahrgästen von morgen nichts, die letzte Minute Fahrzeit herauszuholen, wenn dadurch große Umweltschäden entstehen. Eine Planung würde vor den Gerichten nicht standhalten, wenn nicht alle denkbaren Alternativen bewertet sind.“

Engel weiter: „Die Bestandsstrecke wird ebenfalls untersucht, die Ergebnisse werden für das Frühjahr erwartet, so dass wir über ein belastbares Ergebnis diskutieren können. Wunder erwarten wir aber nicht, denn die Kurve durch Minden wird keine höhere Geschwindigkeit als heute zulassen.“

Impfrekord in den Arztpraxen in NRW

Binnen einer Woche mehr als eine Million Dosen an Corona-Impfstoff verabreicht.

■ **Düsseldorf/Dortmund** (dpa). Die Hausärzte und Fachärzte in NRW haben binnen einer Woche nach Angaben ihrer Vereinigungen in ihren Praxen mit mehr als einer Million Dosen so viel Corona-Impfstoff verabreicht wie noch nie in der Pandemie.

Die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe berichtete am Montag, dass die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in ihrer Region in den vergangenen sieben Tagen 552.000 Menschen gegen Corona geimpft hätten: „So viele wie nie zuvor innerhalb einer Woche.“ Damit sei spätestens jetzt die Frage beantwortet, ob die Hausärzte das wirklich schaffen. Allein am zweiten Adventsabend seien in fast 1.000 Praxen der Re-

gion Westfalen-Lippe mehr als 91.000 Impfungen verabreicht worden – darunter 84.000 Booster-Impfungen.

Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein berichtete Montag von über 540.000 Impfungen in der vergangenen Woche. Allein am zweiten Adventswochenende hätten die Praxen fast 100.000 Menschen mit Booster-Impfungen versorgt. Über lokale Impfaktionen der Kommunen seien 80.000 Menschen geimpft worden.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen hatten im November kritisiert, dass nicht ausreichend Impfstoff zur Verfügung stehe. Dann erfolgten umfangreichere Lieferungen des Bundes in der vergangenen Woche.